

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen****Zum Bericht des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft „Jugend im Parlament 2002“****Bessere Bildungschancen für alle Kinder**

Bildung war ein zentrales Thema bei „Jugend im Parlament 2002“. In der Resolution des Ausschusses Bildung fordern die beteiligten Jugendlichen grundlegende Veränderungen der Bildungspolitik in Bremen. Ein zentraler Leitgedanke dabei ist, dass „der Unterricht (...) sich am Einzelnen ausrichten (muss), an seinen Fähigkeiten und Lerneigenschaften. Dies bedeutet zwingend, schwächere wie stärkere Schülerinnen und Schüler zu fördern.“

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag)

- schließt sich der Einschätzung von „Jugend im Parlament 2002“ an, dass „Geld für Bildung keine sinnlose Ausgabe, sondern als eine Investition zu begreifen (ist).“ Deshalb fordert die Bürgerschaft (Landtag) den Senat auf, den Bildungsetat deutlich aufzustocken, um die anstehenden Reformen umsetzen zu können.
- teilt die Auffassung von „Jugend im Parlament“, dass Bildung im Kindergarten beginnt. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, einen Bildungsplan im Kindergarten vorzulegen, der allgemeine Lern- und Entwicklungsziele als Rahmen für die individuelle Förderung aller Kinder benennt und Umsetzungswege anbietet.
- fordert den Senat auf, die Zahl der Ganztagsangebote an Schulen zu erhöhen. Diese Schulen sollen dabei unterstützt werden, sich zu echten Ganztagschulen zu entwickeln.
- erwartet, dass der Senat Konzepte für den schrittweisen Aufbau einer vorerst sechsjährigen, perspektivisch neunjährigen Grundschule für alle Kinder entwickelt. Diese Schulreform soll die Antwort auf die geplante Abschaffung der Orientierungsstufe sein.
- schließt sich der Forderung von Jugend im Parlament 2002 nach größerer Autonomie von Schulen an. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, Modelle für eine größere pädagogische, wirtschaftliche und personelle Selbständigkeit von Schulen und Kindergärten im Rahmen klarer Zielvorgaben und Leistungsvereinbarungen zu entwickeln.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, entsprechende Schritte einzuleiten und der Deputation für Bildung und Wissenschaft sowie der Deputation für Gesundheit, Jugend und Soziales bis zum 8. September 2003 über den Stand der Entwicklungen zu berichten.

Anja Stahmann, Mützelburg,  
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen